

Auszug

aus der Rhein-Zeitung, Ausgabe B, Koblenz vom 14.07.1998

Inkraftsetzen von Bebauungsplänen

1. Zu dem Bebauungsplan Nr. 149: **Trierer Straße/Pollenfeldweg/Johannesstraße (Änderung Nr. 2)** hat die Bezirksregierung Koblenz im Rahmen des Anzeigeverfahrens gemäß § 11 Abs. 1 Baugesetzbuch - BauGB - vom 08. 12. 1986 (BGBl. I S. 2253) mitgeteilt, daß Rechtsvorschriften nicht verletzt werden (§ 11 Abs. 3 BauGB).
2. Zu dem Bebauungsplan Nr. 235: **Verlegung der K 12, Ausbau der B 258 mit Anschluß der Keltenstraße** hat der Stadtrat am 04. 06. 1998 den Satzungsbeschluß gefaßt.

Gemäß § 12 BauGB (1986) - zu Ziffer 1 - bzw. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch - BauGB - vom 27. 08. 1997 (BGBl. I S. 2141) - zu Ziffer 2 - treten die vorgenannten Bebauungs-(Änderungs)pläne mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

Die rechtskräftigen Bebauungspläne (Bebauungsplanzeichnungen, Satzungen, Texte und Begründungen) können ab **Dienstag, 14. 07. 1998**, bei der Stadtverwaltung Koblenz - Vermessungsamt -, Bahnhofstraße 47, 56068 Koblenz (1. Stock, Zimmer 117) während der Dienststunden von 08.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr sowie freitags von 08.30 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Absatzes 4 BauGB (alt und neu) wird hiermit hingewiesen; hiernach können Entschädigungsansprüche verlangt werden, wenn infolge des Bebauungsplanes die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Anspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich vom Entschädigungspflichtigen (§ 44 Abs. 1 und 2 BauGB) beantragt wird. Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von **3 Jahren** nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Vermögensnachteil eingetreten ist, die Fälligkeit des Entschädigungsanspruches herbeigeführt wird (§ 44 Abs. 4 BauGB).

Nach § 215 Abs. 1 BauGB sind („wird“ - BauGB 1997)

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
2. Mängel der Abwägung (§ 1 Abs. 6 BauGB)

nur beachtlich, wenn sie in den Fällen der Nr. 1 innerhalb eines Jahres und in den Fällen der Nr. 2 innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadtverwaltung Koblenz schriftlich geltend gemacht wurden; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz - GemO - vom 31. 01. 1994 (GVBl. S 153) enthält folgende Regelung, auf die hiermit besonders hingewiesen wird:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustandegekommen sind, gelten **1 Jahr** nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustandegekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung (Stadtverwaltung Koblenz) unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann die Verletzung geltend machen.

Stadtverwaltung Koblenz, 10. 07. 1998

Dr. Schulte-Wissermann, Oberbürgermeister

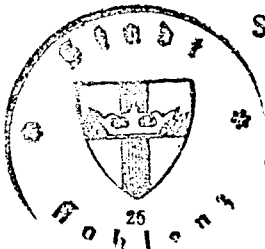
Vorstehende Ablichtung wird als mit der
~~Ablichtung~~ Urschrift übereinstimmend beglaubigt.

Koblenz, den 14.07. 1998

Stadtverwaltung Koblenz

K. A.

Stadtkammern



Anzeige gefertigt
14.07.98